Morgen-Ausgabe B.

Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure ins Haus gebracht: Ausgabe A (nur morgens) vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M.; Ausgabe B (morgens und abends) vierteljährlich 4.50 M., monatlich 1.50 M.

Durch die Post zu beziehen: (2 mal täglich) innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährlich 5.25 M., monatlich 1.75 M. ausschl. Postbestellgeld, für Oesterreich 9 K 66 h, Ungarn 8 K vierteljährlich. Ferner in Belgien, Dänemark, den Donaustaaten, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Rußland, Schweden, Schweiz und Spanien. In allen übrigen Staaten nur direkt durch die Exped. d. Bl. erhältlich.

Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Die einzelne Nummer kostet 10 Pfg.

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.

Telephon Nr. 14692, Nr. 14693, Nr. 14694.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf., Reklamen 1 M.; von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 M.; vom Ausland 50 Pf., finanz. Anzeigen 75 Pf., Reklamen 1.50 M.

Inserate v. Behörden im amtlichen Teil 40 Pf. Beilagegebühr 5 M. p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, herzogl. bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10. (Telephon VI, Nr. 4603).

Nr. 75. **Montag** 16. März 1908. 102. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Die Angelegenheit des Briefwechsels zwischen dem Kaiser und dem britischen Lord der Admiralität Tweedmouth hat am Montag voriger Woche ihre Erledigung in einer Weise gefunden, wie man sie von den großen Traditionen des britischen Parlaments erwarten durfte. Wir sehen daher keinen Anlaß, auf die Sache zurückzukommen.

* Der römische „Mattino" veröffentlicht eine Unterredung, die der Senator Herzog Andria im April 1905 mit Kaiser Wilhelm an Bord der „Hohenzollern" hatte. Andria drückte seine Besorgnis über die österreichische Politik im Adriatischen Meere und auf der Balkan-Halbinsel aus, worauf Kaiser Wilhelm versicherte, daß Oesterreich keine Absichten auf Albanien habe.

* Auf Anregung des Zentralkomitees für das ärztliche Fortbildungswesen in Preußen fand gestern in einer Sitzung im Kaiserin Friedrich-Haus zu Berlin ein Zusammenschluß der in den einzelnen Bundesstaaten schon vorhandenen Landeskomitees zu einem „Reichsausschuß für das ärztliche Fortbildungswesen" statt. (S. Letzte Dep.)

* Den Grand Prix de Nice (50 000 Fr.) gewann gestern Baron E. de Rothschilds „Lastman" in einem Felde von zehn Pferden. (S. Sport.)

Sächsische Parlamentswoche.

Die Zweite Kammer hat in der abgelaufenen Woche neben verschiedenen Deputationssitzungen nur vier Plenarsitzungen gehalten, also eine weniger als sonst, gleichwohl zählt die letzte Woche, über deren einzelne Ereignisse zum Teil bereits ausführlich berichtet worden ist, zu den ereignisreichsten und bedeutungsvollsten der sächsischen Parlamentsgeschichte, und die kommende Woche dürfte ihr darin nur wenig nachstehen.

Am ersten Sitzungstage nahm das Hauptinteresse die Petition des Dresdner Professors Dr. Gustav Hoffmann um Festlegung des Osterfestes in Anspruch, weil man hierbei erwarten konnte, die Stellung des neuen Kultusministers zu dieser das bürgerliche Leben so unverhältnismäßig stark beeinflussenden Frage kennen zu lernen. Erfreulicherweise zeigte sich Dr. Beck bereit, daran mitzuwirken, daß der in der Petition angeregte Wunsch, dessen Verwirklichung gerade für unsere Buchhändlerstadt Leipzig von den wohltätigsten Folgen begleitet sein würde, seiner Erfüllung entgegengeführt wird. Mit Recht wies der Minister darauf hin, daß die Unterrichtsverwaltung ein ganz besonders lebhaftes Interesse daran habe, daß das Schuljahr möglichst festgelegt werde; wir vermögen aber nicht einzusehen, warum eine Festlegung des Schuljahres nicht schon jetzt möglich sein sollte. Der Einwand des Ministers, daß die Frage noch unentschieden sei, ob der Beginn des Schuljahres auf das Frühjahr oder auf den Herbst gelegt werden solle, scheint uns nicht stichhaltig. Denn gerade diese Frage läßt sich einfach lösen, indem man, wie es z. B. in Norddeutschland vielfach der Fall ist, den Eintritt und die Entlassung der Schüler zum 1. April und zum 1. Oktober stattfinden läßt. Eine solche Regelung läßt sich ohne weiteres ermöglichen, ohne daß man sie in Zusammenhang bringt mit der Festlegung des Osterfestes. Und wenn schließlich noch eingewendet wird, daß zu Ostern die Konfirmationen stattfinden, die für einen großen Teil der Schüler den Abschluß der Schuljahre bilde, so kann man sich auch hier helfen, indem man außer zu Ostern auch zum Herbst, etwa Ende September, Konfirmationen vornimmt. Auch hier lehrt wieder das Beispiel norddeutscher Großstädte (Hamburg, Berlin), daß dies nicht allein möglich, sondern auch vorteilhaft ist.

Von noch größerem Interesse, wenigstens für den Politiker, war die Sitzung der Zweiten Kammer vom Dienstag nachmittag, wo u. a. das Etatkapitel „Finanzministerium" zur Debatte stand. Hierbei pflegt regelmäßig eine zweite, verkürzte Auflage der allgemeinen Etatdebatte zu erscheinen, und von dieser Regel gab es auch diesmal keine Ausnahme. In der Angelegenheit der Schiffahrtsausgaben erklärte der Finanzminister auf eine Anfrage des Abg. Günther mit erfreulicher Entschiedenheit, daß die sächsische Regierung nach wie vor auf ihrem ablehnenden Standpunkte beharrt. Weiteres über diese wichtige Frage wird man in einigen Tagen im Reichstage aus dem Munde des Reichskanzlers hören.

Die Erörterung der an die Beratung dieses Etatkapitels anschließenden Interpellation Goldstein über die Beteiligung von Beamten an Konsumvereinen verlief ziemlich ruhig. Das wesentliche, was zu diesem Kapitel gesagt werden konnte, war schon bei der allgemeinen Vorberatung des Antrages Dr. Spieß gesagt worden, es fragte sich nur, ob in dem speziellen Falle der Eisenbahnbeamten ein Eingreifen der Regierung stattgefunden hatte. Hierüber gab der Finanzminister eine Auskunft, die wenigstens zum größten Teile befriedigte. Wundern muß man sich nur noch, daß das Finanzministerium sich überhaupt veranlaßt gesehen hat, auf die Eingabe der Rabattsparvereine Erörterungen anzustellen, ob und welche Beamte den Konsumvereinen angehören. Dem Grundsatze völliger Neutralität, den der Minister des Innern vor wenigen Tagen als den leitenden Grundsatz der Regierung in dieser Frage bezeichnete, hätte es mehr entsprochen, wenn auch den Rabattsparvereinen geantwortet worden wäre: Die Regierung hat keine Veranlassung und kein Recht, sich darum zu kümmern, wo ihre Beamten am vorteilhaftesten Kümmel und Rosinen kaufen. Ebenso müssen wir es als nicht im Einklang mit diesem Grundsatz stehend bezeichnen, wenn das Ministerium des Innern eine Verfügung erlassen hat, worin gegenüber den Konsumvereinen auf Wunsch der Rabattsparvereine auf diese letzteren aufmerksam gemacht und zugleich bestimmt wird, daß jeder Beamte seine Kenntnisnahme von dieser Verfügung durch Unterschrift zu bestätigen hat. Daß Verordnungen in der Praxis nicht immer so ausgeführt werden, wie es von oben herab beabsichtigt ist, hat sich erst kürzlich in dem vom Abg. Goldstein vorgebrachten Fall gezeigt. Ferner kann nur zu leicht der Verdacht der Gesinnungsmeierei entstehen, wenn ein Beamter veranlaßt wird, eine Verfügung unterschriftlich zur Kenntnis zu nehmen, in der es heißt: „Da die Wünsche des petitionierenden Verbandes als nicht unberechtigt anerkannt werden müssen" usw. Wenn der Finanzminister verlangte, daß diese wirtschaftlichen Vereinigungen nicht als Deckmantel benutzt werden dürften, um darin politische Agitation zu treiben, so ist das durchaus berechtigt, aber, wie Abg. Günther sehr treffend hervorhob, unterschiedslos ist bei wirtschaftlichen Vereinigungen jede politische Agitation zu verurteilen, mag sie nun der Sozialdemokratie dienen sollen oder den Konservativen.

Der „Knalleffekt" der Parlamentswoche, die bewegte Debatte über den Antrag Bär-Roch auf Oeffentlichkeit der Verhandlungen der Wahlrechtsdeputation, ist an dieser Stelle bereits ausführlich besprochen worden. Eins sei aber heute hier noch bemerkt. Als es zur Abstimmung über den Antrag Opitz kommen sollte, der dahin ging, den Antrag Bär-Roch der Wahlrechtsdeputation zur Begutachtung zu überweisen, da wäre es unseres Erachtens angebracht gewesen, den Antrag auf namentliche Abstimmung zu stellen. Aus der Unterstützung, die dieser Antrag gefunden hätte, würden sich dann manche interessante Schlüsse haben ziehen lassen. Daß der Hauptantrag fast einstimmig zur Annahme kommen würde, konnte man nicht von vornherein wissen. Was die Sache selbst betrifft, so wäre am besten die volle Oeffentlichkeit der Verhandlungen, für die sogar bei einem Teile der Konservativen, so z. B. der freikonservativen Gruppe, Billigung findet. Ist aber eine solche vollständige Oeffentlichkeit aus praktischen (räumlichen und zeitlichen) Gründen nicht möglich, so muß, wie auch Abg. Dürr betonte, der Presse offizielle Mitteilung über den Gang der Verhandlungen jeder Sitzung gemacht werden. Das geschähe am besten dadurch, daß ein von einem Schriftführer verfaßter und unterzeichneter Bericht über jede Sitzung den Pressevertretern allgemein zugänglich gemacht würde. Was inzwischen werden soll, mögen die Götter wissen. Wenn das Dresdner Agrarierblatt von Verhandlungen zwischen der konservativen und der nationalliberalen Partei über gewisse „Annäherungsvorschläge" an die Regierungsvorlage zu berichten weiß, so sei demgegenüber nochmals mit aller Bestimmtheit darauf hingewiesen, daß in dieser Frage jedes Kompromiß vom Uebel ist.

H. A. Asquith.

(Von unserem Londoner K.-Korrespondenten.)

London, 14. März.

Der Schatzkanzler Asquith, der gegenwärtig der Sache nach britischer Premier ist, könnte es auch der Form nach längst sein. Denn bereits im Dezember haben sämtliche Kabinettsmitglieder ihre Bereitwilligkeit erklärt, „unter ihm zu dienen". Die konservativen „Geschwätzhändler" haben zu Unrecht ausgesprengt, Asquith sei nicht „affabel" genug, und deshalb der „schwarze Hund" des Kabinetts. Die Wahrheit ist, Asquith stellt den schwarzen Hund dar, vor dem sich die Konservativen fürchten. Gerade deshalb ist er der „Premier elect". Aber den „schwarzen Hund", der die stark auseinanderstrebende „liberale Herde" wieder zusammentreibt und beieinanderhält, zu spielen, ist ebenfalls kein anderer Staatsmann so geeignet, wie Asquith.

Neben Asquith ist Lloyd George heißer Favorit, der erfolgreiche Gesetzgeber für die Schiffahrt, der glückliche Schlichter der großen Lohnkämpfe und der Initiator einer Aera praktischer Eisenbahnreform. Er ist sicherlich der einzige Minister mit großen positiven Leistungen während der zweieinvierteljährigen Amtsdauer des Kabinetts. Er ist der hinreißendste Agitationsredner, der „junge Saul" der Sektierer, die ja die ausschlaggebende Rolle in der liberalen Partei spielen, und die Welshmen sehen in ihm dasselbe etwa, was die Polen vor hundert Jahren in Poniatowski erblickten. Aber gegen Lloyd George sprechen einige große Kleinigkeiten und ein kleiner, aber sehr wichtiger Schönheitsfehler. Das schlimmste zuerst: Er ist kein fleckenloser Freihändler! Und doch wird Free-Trade aller Wahrscheinlichkeit nach eines der Hauptstichworte der kommenden Hauptwahl sein. Daß die großen Finanziers ihn als sozialistischen Beelzebub denunziert haben, könnte ihm eher im Lande zur Empfehlung gereichen, bei dem Flügel der Partei, auf den sich das Kabinett von jetzt stützen muß. Vor allen Dingen ist Lloyd George aber zu hitzig, trotzdem sein keltisches Kämpfer- und Bardennatural sich zwischen den Statistiken des Handelsamtes und ihrem Jahrhundertstaub schon merklich abgekühlt hat. Die Ueberhitze ihres jungen Champions — siehe Winston Churchills Chinesenfeldzug! — hat der Partei schon beim Wahlkampf von 1906 eine untragbare Bürde von Verheißungen aufgeladen. Was man braucht, ist ein kühles Hirn über einer gleißenden Zunge, ein alter Regisseur, der die Wahl-Meiningerei mit keinem Zuviel und keinem Zuwenig dirigiert und nur soviel Staatsmann ist, als die ohnehin vom Ballast der großen Probleme niedergebeugte Partei im Augenblicke noch vertragen kann. Denn trotz ihrer bigotten Allüren sind gerade die Neukonformisten der Christophorusrolle nun gründlich satt und hatten schon ganz lästerlich zu fluchen begonnen. Was aber Lloyd Georges Chancen auf Null reduziert, das ist seine niedrige „Anciennität" in der überreichen Rangliste der künftigen Premiers, mit der der Liberalismus mit allen seinen Mißerfolgen gesegnet bleibt. Die ganze politische Misere rührt eigentlich von dem starren Festhalten der Großväter in der Partei an dem Anciennitätsgrundsatz her. Nur dadurch gelangte Campbell-Bannerman nach Harcourts Ausscheiden zur Führerschaft der Liberalen, nur dadurch auf den Premiersessel, obwohl das Vorrecht des Verdienstes bei den Wahlen und die Befähigung zum Unterhausführer in beiden Fällen Asquith, den schon 1881 Gladstone zum künftigen Premier „salbte", nach allgemeiner Meinung designierte.

Ich glaube, man täuscht sich bei den Konservativen über die Beliebtheit von Asquith. Ich habe in der Wahlkampagne von 1906 in vielen Grafschaften der Erklärung der Wahlresultate beigewohnt, es gab nur zwei Namen, die stets mit dem größten und stets mit dem gleichen Jubel begrüßt wurden: Joe Chamberlain und „Old Asquith". Es ist ja ganz zweifellos, daß Asquith niemals vermocht oder Gelegenheit gehabt hat, die Nation mit sich fortzureißen, wie der Invalide von Birmingham. Aber es gibt doch eine ganze Reihe sehr interessanter Höhepunkte in Asquiths Laufbahn, die ohne weiteres Asquith als die gegebene Ablösung des Kleinengländers Campbell Bannerman erscheinen lassen.

Asquiths erste politische Erinnerung knüpft an die Geburtszeit des Imperialismus an. Er hat sie selbst in politisch wirksamer Weise zum besten gegeben. „Wie er zur Feier des Friedensschlusses im Krimkriege mit einer Fahne in der Bubenfaust in einer Sonntagsschul-Prozession, Choräle und patriotische Lieder singend, die Hauptstraße des Yorkshire-Städtchens Morley entlang zog." Hier haben wir alle Elemente seiner Persönlichkeit: Robuste provinzielle Kirchlichkeit ohne Askese, Friedensfreude, verbunden mit gesunder Wehrhaftigkeit, ein natürliches Verhältnis zu den weiteren Dimensionen der Weltgeschichte, alles dies gefaßt in den Rahmen eines Common Sense, der so behaglich anmutet, wie das Yorkshire Platt, das durch seine besten Reden hindurchklingt und gewürzt durch einen guten Schuß sektierischer Bauernschlauheit. Eine Gladstonefigur, des mystischen Zuges und der reinen Phrase entkleidet, ins Kernhaftere und Volkstümliche übersetzt. Gladstone und Asquith sind beide Oxonen, aber ein Menschenalter und eine Bildungskluft trennt sie. Gladstone, der Sproß der reichen Manchester Sklavenhalterfamilie im orthodoxen Eton und im bigotten Christchurch zum politischen Kanzelredner und Buchhaltungskünstler erzogen. Asquith, mit Stipendien seinen Weg durch die öffentlichen Schulen Londons machend, die Studienzeit in dem realen Bildung zugewandten College Balliol durch Preisarbeiten erringend und schon als Student im Oxforder Redetheater durch den zwingenden Tatsachenstil seiner Advokatenkunst die Begeisterung der eisgrauen noch mehr als der grünen Kommilitonen entzündend. Gladstone war sein ganzes Leben lang der Grandseigneur, Asquith erarbeitete sich erst seinen Rang als Anwalt, dann als Parlamentarier, stets haushälterisch mit seiner Kraft und stets ein Erfolg von Chamberlain, damals noch Gladstonischen Liberalen und Homeruler, am Schlusse seiner Jungfernrede als Ministrabel begrüßt von Rosebery, vier Jahre nach seinem Eintritt ins Unterhaus, während des gewaltigen Kohlenstreiks auf den schwierigsten Kabinettsposten berufen, in das Ministerium des Innern, das seit Peel keinen besseren Inhaber besessen hat. Manches aus Asquiths Laufbahn mag das Volk vergessen haben. Unvergessen aber ist sein Titanenkampf mit der eigenen Partei während des Burenkrieges, in dem er offen auf Chamberlains Seite trat, der einzige Imperialist der Tat des ganzen Liberalismus. Und unvergessen ist sein großartiger, stets persönlich vornehm geführter Kampf gegen den Chamberlainismus und für den Freihandel am Beginn des neuen Jahrhunderts, der dem Liberalismus die Wahlschlacht des Januar 1906 gewann. Asquiths Finanzpolitik unter dem neuen Regime hat einen Teil der Wählermassen unbefriedigt gelassen. Aber jetzt, da er die Gladstonesche Bürde der Exchequerverwaltung und der Premierschaft auf sich genommen hat, da er imperialistische Flottenpolitik, Steuerentlastung der ärmeren Klassen, aktive Temperenz- und aktive Sozialpolitik in radikaler, aber noch positiver Form, und mit brutaler Offenheit durchzusetzen wagt, ist, wie sich bereits gezeigt hat, der ganze Liberalismus bereit, ihm als einem Großen noch einmal die große Chance zu geben, die Campbell-Bannerman verscherzt hat.

Seit 1826 Vater Matthew im irischen Cork das Nüchternheitsgelöbnis unterzeichnete, ist die Temperenzbewegung die gewaltigste und die reichste aller politischen Maschinen im Staate geworden. Selbst die Konservativen haben ihr 1904 mit der Act, die Asquith jetzt radikal ausbaut, ein heuchlerisches Zugeständnis gemacht. Und sogar im Oberhause tritt die Geistlichkeit geschlossen für die Temperenzpläne ein. Asquiths Vorlage ist in Wahrheit milder, als man erwartete: sie fußt auf den Vermittelungsplänen, die in den achtziger Jahren John Bright einbrachte, die allseitig, nur von Gladstone nicht akzeptiert wurden, und die auch von den Konservativen in den Grundzügen angenommen wurden. Es ist nicht wahrscheinlich, aber es ist keinesfalls unmöglich, daß Asquiths Licensing-Bill, maßvoll amendiert, Gesetz wird. Seit 37 Jahren ist aber keine liberale Temperenzbill in die zweite Lesung gelangt. Es ist bezeichnend genug, daß nicht bei dieser Bill der Oppositionsführer Balfour, sondern in einer großen Homerule-Debatte den Hauptangriff auf Asquith machen will, Homerule, welche die Iren zu drei Vierteln in der Tasche zu haben glauben, während von Asquith die Sage geht, daß er kein zuverlässiger Homeruler sei. Aber auch hier dürfte die Opposition eine rasche Enttäuschung erleben, genau, wie es ihr mit der Schulvorlage ergangen ist, die zwar radikal (konfessionslose Staatsschule, Abschaffung der Religionsprüfung für Lehrer, Entziehung des Staatszuschusses an private Konfessionsschulen), aber so ausgeklügelt worden ist, daß das Oberhaus sie eigentlich annehmen muß, und die jedenfalls wieder den ganzen Liberalismus auf sich einigt.

Man sagt, Asquith spiele überhaupt nur noch für die liberale Galerie. Soviel ist jedenfalls richtig, daß auf seinem Wege das Gros des Liberalismus mit dem 1906 die Schlacht gewonnen wurde, wieder zu ihm stoßen wird und daß er offenbar ernstlich gewillt ist, mit radikalem Schulgesetz, Temperenzgesetz, Flottenprogramm und Freihandelsschrei einen Wahlgang zu wagen, den die Konservativen, voran das Oberhaus, wohl nicht allzu eilig suchen werden.

SLUB
Wir führen Wissen.